

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 145. Ratssitzung vom 14. April 2021

3855. 2021/74

Dringliches Postulat der AL-Fraktion vom 03.03.2021: Ersatzeinkommen für Selbständige und prekär Beschäftigte mit einem stark eingebrochenen Einkommen als Folge der Corona-Einschränkungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Willi Wottreng (AL)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3624/2021): «Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung sind in den meisten Dimensionen teils deutlich stärker von der Krise betroffen als reichere Haushalte». Das lesen wir in einer Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH vom Februar 2021. Sie basiert auf einer Online-Teilnahme von 200 000 Menschen. Wir müssen gezielt die Schwächsten stärken. Stellvertretend für die ganze Thematik zitiere ich die Zusage einer persönlichen Bekannten, die seit dreieinhalb Jahren eine eigene GmbH führt, die nur sie selbst beschäftigt. Für die Selbstständigkeit wurde ihr das von der SVA damals im persönlichen Gespräch empfohlen. «Im Corona-Jahr war das fatal. Im ersten Lockdown hatte ich quasi über Nacht vier Kinder im Alter von zwei bis zwölf Jahren zuhause. Da ich eben eine eigene GmbH führe und in arbeitgeberähnlicher Situation bin, bin ich bei den meisten Instrumenten durchgefallen». «Ich arbeite eigentlich seit letzten Sommer nonstop durch. Abends lege ich den Laptop neben das Bett. Manchmal habe ich Drehschwindel, der Arzt meinte Stress, aber natürlich stehe ich jeden Morgen auf, mache meine Sachen und da denke ich wieder, mir geht es mit Allem noch super gut und wir sind hier in der Schweiz privilegiert». Es geht um Menschen, die in prekären Verhältnissen tätig sind. Es sind Angestellte und Andere: Arbeit auf Abruf, Heimarbeit, Telearbeit ohne vertraglich festgelegte Stundenanzahl, Arbeit bei Plattformfirmen wie Uber. Das sind Hinweise auf prekäre Arbeitsformen. Es gibt die Selbstständigen, die sich mit mehreren Kleinstaufträgen durchhangeln. Es ist eine äusserst heterogene Gruppe. Sie fallen gerade bei Mischformen oft durch die Maschen, wenn etwa Angestellte juristisch gesehen als Kleinunternehmerinnen handeln oder wenn Selbstständige ihre eigenen Angestellten sind. Uns wurden viele weitere konkrete Beispiele zugetragen: eine Pilates-Lehrerin, die wegen des Online-Unterrichts viel weniger Kundinnen hat; ein selbstständiger Grafiker, der bereits vor Corona wegen eines kranken Familienmitglieds nur noch einen minimalen Verdienst hatte; eine Köchin, die mit einem Foodtruck unterwegs war und auf den Zusatzverdienst angewiesen ist; eine Pflegefachfrau, die nebenberuflich selbstständige DJane ist; eine Masseurin, die aufgrund der Räumlichkeiten nicht mehr als drei Kundinnen behandeln darf und das Reinigungspersonal, das aus allen Statistiken verschwindet. Für diese Menschen wird eine pauschale Lösung vorgeschlagen. Das Postulat der AL strebt eine Weisung an, die dem Gemeinderat zur sofortigen materiellen Behandlung unterbreitet werden kann. Diese Leute sollen unbürokratisch befristet ein Ersatzeinkommen erhalten. Es ist möglich: Der Stadtrat konnte bereits*

im März 2020 mit seiner Hilfe an die KMU eine solche Aufgabe bewältigen. Mit dem Postulat werden die Maschen des Hilfsnetzes enger geknüpft. Den Textänderungsantrag der SP nehmen wir an. Zürich ist reich, aber hoffentlich nicht zu reich für das.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. März 2021 gestellten Ablehnungsantrag: *Dem Bürger bleibt oftmals und immer häufiger weniger Geld. Das Problem ist, dass der Staat aufgrund der rot-grünen Politik dem Bürger immer mehr wegnimmt. Wenn immer weniger Netto vom Brutto bleibt, haben wir ein Problem. Wenn Sie dem einfachen Bürger helfen wollen, müssen Sie dafür sorgen, dass er so viel wie möglich vom selbst erarbeiteten Geld behalten kann, damit er selbst darüber verfügen kann. Abhängig von der Einkommensklasse arbeitet ein normaler Bürger beinahe das halbe Jahr für den Staat. Auch hier im Rat werden jeden Mittwoch Millionenbeiträge durchgewinkt, die Verwaltung aufgeblasen, Aufträge erteilt und Vorstösse eingereicht. Das alles kostet und der einfache Bürger, der am Ende des Monats beinahe kein Geld zum Leben mehr hat, muss dafür bezahlen. Es braucht eine freiheitliche, bürgerliche Politik, die den Staat auf seine wichtigsten Aufgaben beschränkt und dem Bürger mehr frei verfügbares Vermögen in der Tasche lässt.*

Weitere Wortmeldungen:

Matthias Renggli (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Wir unterstützen den Prüfauftrag an den Stadtrat, die Menschen zu unterstützen, die durch die Maschen der nationalen oder kantonalen Corona-Hilfe fielen. Menschen zu helfen, damit sie ihre berufliche Tätigkeit bewahren können und nicht in die Sozialhilfe abgleiten, ist sehr wichtig. Auch der Stadtrat ist bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen und tat bereits vieles in diesem Bereich, wie er uns gestern in der Spezialkommission Sozialdepartement (SK SD) informierte. Der Verweis zu den Corona-Massnahmen des Kantons betreffend den Kulturschaffenden passt in die Begründung und als Inspiration. Doch im Postulatstext selbst wollen wir den Prüfauftrag vom kantonalen Vorhaben loslösen und den Handlungsspielraum nicht unnötig einschränken, weshalb wir den Textänderungsantrag stellen.*

Alexander Brunner (FDP): *In der SK SD trug uns gestern STR Raphael Golta eine Präsentation vor. Ich empfehle allen, diese anzuschauen, weil sie einen Überblick aller Ebenen verschafft, auf denen Unterstützungen geleistet wurden. Es ist eine grosse Menge und es wurde gezeigt, dass auch Kleinunternehmen in dieser Zeit Unterstützung erhielten. Wir lernten, dass vor allem auch Taxifahrer insbesondere in der letzten Tranche Geld erhielten. Wir sind mit der restlichen Ratschälfte einverstanden, dass diesen Leuten geholfen werden sollte. Der Stadtrat erfüllte das aber bereits weitgehend. Alles, was darüber hinweggeht, geht in die Richtung Ersatzeinkommen oder Grundeinkommen und das sind strukturelle Themen, die nicht im Rahmen der Corona-Pandemie behandelt werden sollen.*

Willi Wottreng (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Angenommene Textänderung:



3 / 3

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob dem Gemeinderat ~~analog zu dem vom Kanton geplanten ein~~ Ersatz Einkommen für ~~Kulturschaffende ein Ersatz Einkommen für weitere~~ Gruppen von Selbständigen, arbeitslos gewordenen Selbständigen oder prekär Beschäftigten mit einem aufgrund von Corona stark eingebrochenen Einkommen zur Beschlussfassung unterbreitet werden kann. Anspruchsberechtigt sollen Personen sein, die kein kantonales Ersatz Einkommen ~~für Kulturschaffende~~ oder kein Arbeitslosengeld erhalten.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 81 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat